

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 41 | 11.10.2018

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre
Redaktionelle Leitung: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

NEUERSCHEINUNG

Florian Kronschläger

Das NormG 2016 – Ausgewählte Rechtsfragen des Normenwesens

Die Monografie analysiert die dogmatischen Hauptfragen des Normengesetzes 2016.

ISBN 978-3-902883-36-0, IX und 139 Seiten, Harteinband, 35 EUR // zu beziehen ua über www.pedell.at

I. BUNDESGESETZBLATT

BGBI I 68/2018

Bundesgesetz über die **Genehmigung des Bundesrechnungsabschlusses für das Jahr 2017**

BGBI II 264/2018

Verordnung der Bundesministerin für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort, mit der die **Alternativfinanzierungs- Informationsverordnung** geändert wird

BGBI III 166/2018 (Anlage)

Vereinbarung zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und **Island** andererseits über die Beteiligung Islands an der gemeinsamen Erfüllung der Verpflichtungen der Europäischen Union, ihrer Mitgliedstaaten und Islands im zweiten Verpflichtungszeitraum des **Protokolls von Kyoto** zum Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen

BGBI III 167/2018 (Anlage)

Abkommen zwischen der Republik Österreich und **Japan** zur Vermeidung der **Doppelbesteuerung** auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und zur Verhinderung der Steuerverkürzung und -umgehung

II. AMTSBLATT DER EU

[ABI L 250 v 04.10.2018, 1](#)

Verordnung (EU) 2018/1475 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 2. Oktober 2018 zur Festlegung des rechtlichen Rahmens des **Europäischen Solidaritätskorps** sowie zur Änderung der Verordnung (EU) Nr 1288/2013 und der Verordnung (EU) Nr 1293/2013 sowie des Beschlusses Nr 1313/2013/EU

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

Keine relevanten Entscheidungen im Berichtszeitraum.

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

30.08.2018, [Ra 2018/21/0111](#)

AVG; VwGVG; Erkenntnisse der VwG werden mit ihrer Erlassung (formell und materiell) **rechtskräftig**; damit ist das ihnen jeweils zugrundeliegende Beschwerdeverfahren beendet; die Tatsache, dass die Frist zur Erhebung einer Revision an den VwGH noch offen ist, ändert daran nichts

05.09.2018, [Ra 2015/06/0078](#)

AVG; für die Beurteilung, wann ein **Verbesserungsauftrag** erteilt und wann von einer ausreichenden Erfüllung des Auftrags ausgegangen werden kann bzw unter welchen Umständen eine Zurückweisung des Antrags zulässig ist, sind die zu § 13 Abs 3 AVG in der Rsp herausgearbeiteten Grundsätze maßgeblich; das VwG hat, indem es die Unschlüssigkeit nicht aufgeklärt, ohne weitere Begründung die Projektunterlagen weiterhin „als mangelhaft“ bezeichnet und daraus den Schluss gezogen hat, dass einem zu Recht erteilten Verbesserungsauftrag nicht vollständig entsprochen worden sei, die ausgesprochene Zurückweisung des Bauansuchens jedenfalls nicht nachvollziehbar begründet

05.09.2018, [Ra 2017/03/0105](#)

VwGVG; Ausschluss der aufschiebenden Wirkung, wenn nach Abwägung der berührten öffentlichen Interessen und Interessen anderer Parteien der vorzeitige Vollzug des angefochtenen Bescheids wegen Gefahr im Verzug dringend geboten ist; alleine ein „insistierendes Verhalten“ der Verfahrensparteien – worunter die vor dem VwG belangte Behörde offenbar versteht, dass diese ihre jeweiligen Rechtspositionen auch im Rechtsmittelweg verfolgen – vermag den Ausschluss der aufschiebenden Wirkung jedenfalls nicht zu begründen

C. VERWALTUNGSGERICHTE

BVwG 11.09.2018, [W271 2196195-1](#)

ORF-G; TelekommunikationsG; zu § 109 Abs 3 Z 20 iVm § 107 Abs 2 oder 5 TelekommunikationsG sprach der VwGH aus, dass hier der Tatbestand nicht erfordere, dass jede einzelne Sendung als selbständige Tat zu bestrafen sei; der Tatbestand ließe mit seiner „**pauschalierenden**“ **Tatbildformulierung** auch den Schluss zu, dass bei Vorliegen der übrigen Voraussetzungen für die Annahme eines fortgesetzten Delikts iSe **tatbestandlichen Handlungseinheit** mehrere Einzeltaten als ein Delikt anzusehen seien; für die Annahme einer tatbestandlichen Handlungseinheit muss es die gesetzliche Tatbildformulierung grundsätzlich zulassen, dass nicht jede einzelne Tat gesondert zu bestrafen ist; weiters müssen die einzelnen Taten von einer gesamtheitlichen Sorgfaltswidrigkeit getragen, hinsichtlich ihrer Begehungsform gleichartig und der Begleitumstände ähnlich sein sowie erkennbar zeitlich zusammenhängen; die Tatbildformulierungen von § 14 Abs 1 zweiter Satz ORF-G sowie § 15 Abs 2 erster Satz leg cit sind nicht iSd Rsp zu § 107 TelekommunikationsG derart „pauschalierend“ gestaltet

LVwG Oö 03.10.2018, [LVwG-200033](#)

RundfunkgebührenG; Vorliegen lediglich eines einzigen Indiz dafür, dass der Bf in seiner Wohnung eine Rundfunkempfangseinrichtung betrieben bzw zum Betrieb bereit gehalten haben könnte, nämlich der Umstand, dass ein Mitarbeiter der GIS anlässlich einer Kontrolle von seinem außerhalb der Wohnung des Bf gelegenen Standort „im Hintergrund ... TV hören“ konnte; selbst wenn diese Wahrnehmung als zutreffend unterstellt wird, muss in diesem Zusammenhang aber beachtet werden, dass für den Empfang von TV-Sendungen der Betrieb einer „**Rundfunkempfangseinrichtung**“ iSd § 1 RundfunkgebührenG keine notwendige Voraussetzung bildet; solche „Darbietungen“ können ebenso mittels Geräten, die solche nicht unmittelbar optisch und/oder akustisch wahrnehmbar machen und daher keine Rundfunkempfangseinrichtung verkörpern (wie zB Personal-Computer oder Handy), via Internet abgerufen werden

LVwG Oö 04.10.2018, [LVwG-200036](#)

BundesstatistikG; VStG; keine Auseinandersetzung mit dem Einwand des Bf, wonach dieser nicht selbst, sondern iSd § 9 Z 1 zweiter Satz BundesstatistikG ein Dritter mit der **Wahrnehmung der Auskunftspflicht** betraut war; dies wäre jedoch schon deshalb essentiell gewesen, weil § 9 Z 1 zweiter Satz leg cit aus rechtssystematischer Sicht als eine lex specialis zu § 9 Abs 1 und 2 VStG anzusehen ist; wurde die Auskunftspflicht somit einem Dritten übertragen – wofür mangels entgegenstehender Bestimmungen auch eine bloß unternehmensinterne Delegation hinreicht – kommt die verwaltungsstrafrechtliche Verantwortlichkeit des Außenvertretungsbefugten einer juristischen Person nicht zum Tragen

LVwG Oö 10.10.2018, [LVwG-151879](#)

Oö BauO; indem der Bf die baurechtliche Genehmigung für eine Gerätehütte mit einer bebauten Fläche von mehr als 20 m² beantragt hatte, handelte es sich nicht bloß um ein anzeigepflichtiges Bauvorhaben gem § 25 Oö BauO, sondern um ein solches, das der Bewilligungspflicht nach § 24 Abs 1 Z 1 leg cit unterliegt; da die Baubehörde nur die Ausführung von anzeigepflichtigen Vorhaben untersagen kann, war der angefochtene Bescheid aufzuheben, weil der Behörde keine **Zuständigkeit** zur **Untersagung der Bauausführung** zukam; im fortgesetzten Verfahren wird die Behörde daher das Vorprüfungsverfahren über den Baubewilligungsantrag einzuleiten haben

Hinweis: Die verlinkten Rechtssätze des LVwG Oberösterreich werden von diesem zur Verfügung gestellt. Die Langfassungen der Entscheidungen können etwa zwei Monate nach dem jeweiligen Entscheidungsdatum über die Homepage des LVwG Oberösterreich (www.lvwg-ooe.gv.at) abgerufen werden. In gesammelter Form können diese Rechtssätze in der Online-Zeitschrift „Spektrum der Rechtswissenschaft“ (www.spektrum-der-rechtswissenschaft.at; seit Jänner 2013) sowie im RIS eingesehen werden.

LVwG NÖ 17.08.2018, [LVwG-AV-582/001-2018](#)

AVG; NÖ BauO; § 59 Abs 1 AVG (insb zweiter Satz) ist nicht so zu verstehen und auch keine andere Bestimmung des AVG oder der NÖ BauO gebietet es, dass über Einwendungen jedenfalls in einem Bescheid mit dem verfahrenseinleitenden Antrag abgesprochen werden muss; vielmehr ist § 59 Abs 1 leg cit als Angebot an die Vollziehung zu sehen und ein gesonderter förmlicher **Abspruch über Einwendungen** ist nach wie vor zulässig

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

[04.10.2018, Rs C-571/16, Kantarev](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Einlagensicherungssysteme** – Richtlinie 94/19/EG – Art 1 Nr 3 Ziff i – Art 10 Abs 1 – Begriff ‚nichtverfügbare Einlage‘ – **Haftung eines Mitgliedstaats** für Schäden, die dem Einzelnen durch Verstöße gegen das Unionsrecht entstanden sind – Hinreichend qualifizierter Verstoß gegen das Unionsrecht – Verfahrensautonomie der Mitgliedstaaten – Grundsatz der loyalen Zusammenarbeit – Art 4 Abs 3 EUV – Grundsätze der Äquivalenz und der Effektivität

[04.10.2018, Rs C-652/16, Ahmedbekova](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Gemeinsame Politik im Bereich Asyl und subsidiärer Schutz – Normen für die Anerkennung von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen als Personen mit Anspruch auf **internationalen Schutz** – Richtlinie 2011/95/EU – Art 3, 4, 10 und 23 – Anträge auf internationalen Schutz, die von den Angehörigen einer Familie getrennt gestellt werden – Individuelle Prüfung – Berücksichtigung von Bedrohungen, denen ein **Familienangehöriger** ausgesetzt ist, bei der individuellen Prüfung des Antrags eines anderen Familienangehörigen – Günstigere Normen, die von den Mitgliedstaaten beibehalten oder erlassen werden können, um das **Asyl** oder den **subsidiären Schutz** auf Familienangehörige der Person zu erstrecken, der internationaler Schutz gewährt worden ist – Prüfung der Verfolgungsgründe – Beteiligung eines aserbaid-schanischen Staatsangehörigen an der Erhebung einer Beschwerde beim **Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte** gegen sein Land – Gemeinsame Verfahrensvorschriften – Richtlinie 2013/32/EU – Art 46 – Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf – Umfassende Ex-nunc-Prüfung – Vor der Asylbehörde unerwähnt gebliebene Verfolgungsgründe oder tatsächliche Gesichtspunkte, die aber im Rahmen des Rechtsbehelfs gegen die von der Asylbehörde erlassene Entscheidung vorge-tragen werden

[04.10.2018, Rs C-668/16, Kommission / Deutschland](#)

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – Richtlinie 2006/40/EG – Emissionen aus Klimaanlagen in Kraftfahrzeugen – Art 5 Abs 4 und 5 – Richtlinie 2007/46/EG – **Genehmigung von Kraftfahrzeugen** – Art 12, 29, 30 und 46 – Fahrzeuge, die den technischen Anforderungen nicht entsprechen – Verantwortlichkeit der nationalen Behörden

[04.10.2018, Rs C-12/17, Dicu](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Sozialpolitik – **Arbeitszeitgestaltung** – Richtlinie 2003/88/EG – Anspruch auf bezahlten Jahresurlaub – Richtlinie 2010/18/EU – Überarbeitete Rahmenvereinbarung über den **Elternurlaub** – Elternurlaub, der nicht als Zeitraum tatsächlicher Arbeitsleistung angesehen wird

[04.10.2018, Rs C-56/17, Fathi](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – Grenzen, Asyl und Einwanderung – Verordnung (EU) Nr 604/2013 – Art 3 – Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines von einem Drittstaatsangehörigen in einem Mitgliedstaat gestellten Antrags auf **internationalen Schutz** zuständig ist – Prüfung eines Antrags auf internationalen Schutz ohne ausdrückliche Entscheidung zur Bestimmung des für die Prüfung zuständigen Mitgliedstaats – Richtlinie 2011/95/EU – Art 9 und 10 – Auf der Religion beruhende Verfolgungsgründe – Beweis – **Iranische Rechtsvorschriften** über die **Apostasie** – Richtlinie 2013/32/EU – Art 46 Abs 3 – Wirksamer Rechtsbehelf

[04.10.2018, Rs C-105/17, Kamenova](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Verbraucherschutz** – Richtlinie 2005/29/EG – Art 2 Buchst b und d – Richtlinie 2011/83/EU – Art 2 Nr 2 – Begriffe ‚Gewerbetreibender‘ und ‚Geschäftspraktiken

[04.10.2018, Rs C-191/17, ING-DiBa Direktbank Austria](#)

Richtlinie 2007/64/EG – **Zahlungsdienste** im Binnenmarkt – Begriff ‚**Zahlungskonto**‘ – Mögliche Einbeziehung eines Sparkontos, auf das bzw von dem der Nutzer über ein auf ihn lautendes Girokonto Einzahlungen und Abhebungen vornehmen kann

[04.10.2018, Rs C-242/17, LEGO](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Umwelt** – Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen – Für ein Wärmekraftwerk verwendete flüssige Biobrennstoffe – Richtlinie 2009/28/EG – Art 17 – Kriterien für die **Nachhaltigkeit** von flüssigen Biobrennstoffen – Art 18 – Nationale Systeme zur Zertifizierung der Nachhaltigkeit – Durchführungsbeschluss 2011/438/EU – Freiwillige, von der Europäischen Kommission genehmigte Systeme zur Zertifizierung der Nachhaltigkeit von **Biokraftstoffen** und **flüssigen Biobrennstoffen** – Nationale Regelung, die Zwischenhändler zur Vorlage von Nachhaltigkeitszertifikaten verpflichtet – Art 34 AEUV – Freier Warenverkehr

[04.10.2018, Rs C-337/17, Feniks](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – Verordnung (EU) Nr 1215/2012 – Gerichtliche Zuständigkeit sowie Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in **Zivil- und Handelssachen** – Besonde-

re Zuständigkeiten – Art 7 Nr 1 Buchst a – Begriff ‚Vertrag oder Ansprüche aus einem Vertrag‘ – **Gläubigeranfechtungsklage**

[04.10.2018, Rs C-379/17, Società Immobiliare Al Bosco](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen – Verordnung (EG) Nr 44/2001 – Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in **Zivil- und Handelssachen** – Im Recht des Vollstreckungsmitgliedstaats vorgesehene Frist für die Vollziehung eines **Arrestbefehls** – Anwendbarkeit dieser Frist auf einen in einem anderen Mitgliedstaat erlangten und im Vollstreckungsmitgliedstaat für vollstreckbar erklärten Arresttitel

[04.10.2018, Rs C-384/17, Link Logistik N&N](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Rechtsangleichung – **Straßenverkehr** – Steuerliche Vorschriften – Richtlinie 1999/62/EG – Erhebung von Gebühren für die Benutzung bestimmter Verkehrswege durch schwere Nutzfahrzeuge – **Mautgebühr** – Pflicht der Mitgliedstaaten, wirksame, angemessene und abschreckende Sanktionen festzulegen – **Pauschale Geldbuße** – Grundsatz der Verhältnismäßigkeit – Unmittelbare Anwendbarkeit der Richtlinie

[04.10.2018, Rs C-416/17, Kommission / Frankreich \(Précompte mobilier\)](#)

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – Art 49 AEUV, Art 63 AEUV und Art 267 Abs 3 AEUV – **Besteuerungskette** – Ungleichbehandlung aufgrund des Sitzmitgliedstaats der Einzelgesellschaft – Erstattung der zu Unrecht erhobenen Steuervorauszahlung für ausgeschüttete **Dividenden** – Anforderungen an die Belege für den Anspruch auf Erstattung – Begrenzung des Anspruchs auf Erstattung – Diskriminierung – Nationales Gericht, das in letzter Instanz entscheidet – **Vorlagepflicht**

[04.10.2018, Rs C-478/17, IQ](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen** – Zuständigkeit auf dem Gebiet der elterlichen Verantwortung – Verordnung (EG) Nr 2201/2003 – Art 15 – Verweisung an ein Gericht, das den Fall besser beurteilen kann – Anwendungsbereich – Art 19 – Rechtshängigkeit

B. SCHLUSSANTRÄGE

[04.10.2018, Rs C-680/16 P, August Wolff und Remedia / Kommission \(GA Mengozzi\)](#)

Rechtsmittel – Richtlinie 2001/83/EG – **Humanarzneimittel** – Beschluss der Kommission, mit dem gegenüber den Mitgliedstaaten der Widerruf bzw die Änderung der nationalen Genehmigungen für das **Inverkehrbringen** von Arzneimitteln zur topischen Anwendung mit einem Massenanteil von 0,01 % **Estradiol** angeordnet wird – Voraussetzungen für die Befassung des Humanarzneimittelausschusses – Objektive Unparteilichkeit – Recht auf Anhörung – Grundsatz der Verhältnismäßigkeit – Grundsatz der Gleichbehandlung

[04.10.2018, Rs C-423/17, Warner-Lambert Company \(GA Kokott\)](#)

Vorabentscheidungsersuchen – **Humanarzneimittel** – Richtlinie 2001/83/EG – **Generika** – Zusammenfassung der Merkmale des Arzneimittels – Carve-out für noch patentgeschützte Indikationen des Referenzarzneimittels – Reichweite der Genehmigung für das Inverkehrbringen des Generikums – Veröffentlichung der Zusammenfassung der Merkmale des Arzneimittels

[04.10.2018, Rs C-493/17, Weiss ua \(GA Wathelet\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Wirtschaftspolitik und Währungspolitik – Beschluss (EU) 2015/774 der Europäischen Zentralbank (**EZB**) – Programm zum Ankauf von **Wertpapieren** des öffentlichen Sektors an den **Sekundärmärkten** – Gültigkeit – Art 119 und 127 AEUV – Befugnisse der EZB und des Europäischen Systems der Zentralbanken – Gewährleistung der Preisstabilität – Verhältnismäßigkeit – Art 123 AEUV – Verbot der monetären Finanzierung der Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets

C. GERICHT

04.10.2018, T-128/14, Daimler / Kommission

Zugang zu Dokumenten – Verordnung (EG) Nr 1049/2001 – Dokumente betreffend ein Verfahren nach Art 29 der Richtlinie 2007/46/EG, der es einem Mitgliedstaat erlaubt, die **Zulassung** von Fahrzeugen, die ein erhebliches **Risiko** für die Sicherheit im Straßenverkehr darstellen oder die Umwelt oder die öffentliche Gesundheit ernsthaft **gefährden**, zu untersagen – Verweigerung des Zugangs – Ausnahme zum Schutz von Inspektions-, Untersuchungs- und Audittätigkeiten – Allgemeine Vermutung – Übereinkommen von Aarhus – Verweigerung der Akteneinsicht – Art 41 der **Charta der Grundrechte**

09.10.2018, T-43/16, 1&1 Telecom / Kommission

Nichtigkeitsklage – **Wettbewerb** – **Zusammenschlüsse** – Endkundenmarkt für mobile Telekommunikationsdienste und Vorleistungsmarkt für Zugang und Verbindungsaufbau in Deutschland – Erwerb von E-Plus durch Telefónica Deutschland – Beschluss zur Feststellung der Vereinbarkeit des Zusammenschlusses mit dem Binnenmarkt und dem EWR-Abkommen – Durchführung der Nicht-MNO-Komponente der endgültigen Verpflichtungszusagen – Nicht anfechtbare Handlungen – Unzulässigkeit

09.10.2018, T-884/16, Multiconnect / Kommission

Nichtigkeitsklage – **Wettbewerb** – **Zusammenschlüsse** – Endkundenmarkt für mobile Telekommunikationsdienste und Vorleistungsmarkt für Zugang und Verbindungsaufbau in Deutschland – Erwerb von E-Plus durch Telefónica Deutschland – Beschluss zur Feststellung der Vereinbarkeit des Zusammenschlusses mit dem Binnenmarkt und dem EWR-Abkommen – Durchführung der Nicht-MNO-Komponente der endgültigen Verpflichtungszusagen – Nicht anfechtbare Handlungen – Unzulässigkeit

09.10.2018, T-885/16, Mass Response Service / Kommission

Nichtigkeitsklage – **Wettbewerb** – **Zusammenschlüsse** – Endkundenmarkt für mobile Telekommunikationsdienste und Vorleistungsmarkt für Zugang und Verbindungsaufbau in Deutschland – Erwerb von E-Plus durch Telefónica Deutschland – Beschluss zur Feststellung der Vereinbarkeit des Zusammenschlusses mit dem Binnenmarkt und dem EWR-Abkommen – Durchführung der Nicht-MNO-Komponente der endgültigen Verpflichtungszusagen – Nicht anfechtbare Handlungen – Unzulässigkeit

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

04.10.2018, Beschwerde Nr 30958/13, Leotsakos / Griechenland

Verletzung von **Art 8 EMRK** (Recht auf Privat- und Familienleben); **Durchsuchung** der **Anwaltskanzlei** des Bf und Beschlagnahme mehrerer Dokumente im Rahmen einer **Strafverfolgung** gegen den Bf; während der 12-tägigen Durchsuchung der Kanzlei war der Bf nicht anwesend; die Behörden beschlagnahmten auch Dokumente und Akten, die unter das **Berufsgeheimnis** fielen; die Anwesenheit einer unabhängigen Nachbarin des Bf war **kein ausreichender Schutz**, weil sie keine Rechtskenntnisse hatte und nicht in der Lage war, Dokumente zu identifizieren, die Fälle von Mandanten betrafen; der Bf erhielt eine Entschädigung iHv EUR 2.000,--

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung), Univ.-Ass. Mag. Sandra Grafeneder LL.B., Hofrat Dr. Alfred Grof (LVwG Oberösterreich), Univ.-Ass. Mag. Claudia Höbarth, Univ.-Ass. MMag. Ranjana Achleitner, Univ.-Ass. Mag. Sarah Heimpl, Univ.-Ass. Mag. Marlene Haderer, Wiss.-Mit. Clara Buder.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.